

1975 völlig im Zeichen der Weltrezession

Günter Pehl, Jahrgang 1923, ist der verantwortliche Redakteur der DGB-Funktionärzeitschrift „Die Quelle“. Er hat zuletzt im April 1975 für die Gewerkschaftlichen Monatshefte geschrieben.

Die weltweite Rezession, tiefgreifend wie nie zuvor seit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, hat unsere Volkswirtschaft in dem nunmehr zu Ende gehenden Jahr 1975 in voller Stärke getroffen. Ein harter Winter steht noch bevor. Doch es besteht begründete Aussicht auf eine baldige Aufwärtsbewegung. Im neuen Jahr 1976 werden die expansiven Kräfte aller Voraussicht nach allmählich die Oberhand gewinnen. Durch die Rezession ist die Auslastung der Produktionskapazitäten allerdings so stark zurückgegangen, daß es lange dauern wird, bis die Vollbeschäftigung wieder erreicht sein wird; die Arbeitslosenzahlen werden 1976 wahrscheinlich nur langsam abnehmen.

Fehleinschätzungen am Jahresanfang

Als das Jahr 1975 begann, lagen zuversichtliche Voraussagen über die Konjunkturentwicklung vor. Die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute in Berlin, München, Hamburg, Essen und Kiel hatten in ihrem gemeinschaftlichen Herbstgutachten 1974 ebenso wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Ende November 1974 vorgelegten Jahresgutachten für 1975 ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts von 2,5 vH angenommen. Alle konjunkturbeobachtenden Institutionen im In- und Ausland — z. B. auch die OECD in Paris — erwarteten spätestens zum Sommer 1975 einen Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik. Auf diese Prognosen gestützt, rechnete die Bundesregierung noch in ihrem Ende Januar 1975 vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht mit einer Wachstumsrate von 2 vH.

1975 schrumpft das Sozialprodukt um 4 vH

Doch es kam anders. Im 1. Halbjahr 1975 war der Ausfall an Nachfrage aus dem Inland und vor allem aus dem Ausland so groß, daß das *reale* Bruttosozialprodukt, verglichen mit dem 1. Halbjahr 1974, um 5 vH schrumpfte. Für das ganze Jahr 1975 muß mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung (des Bruttosozialprodukts) gegenüber 1974 um noch 4 vH gerechnet werden.

„Die Selbstverstärkungskräfte des weltweiten Abschwungs waren vor allem in Westeuropa größer als erwartet, nicht zuletzt wegen des starken Lagerabbaus, der sich rasch und deutlich im Rückgang des internationalen Handels niederschlug“, heißt es zurückblickend in der Gemeinschaftsprognose der bereits genannten fünf Wirtschaftsforschungsinstitute von diesem Herbst¹⁾. Diese Institute hatten sogar noch Ende April 1975 in ihrem Frühjahrsgutachten eine baldige Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit erwartet.

Sie haben sich geirrt. In einer gemeinsamen Stellungnahme gegenüber dem „Handelsblatt“ schreiben sie: „Die Gründe für die Fehleinschätzung der konjunkturellen Entwicklung liegen in der unerwarteten Tiefe der weltweiten Rezession. Wie wenig sie voraussehbar war, zeigt sich nicht zuletzt darin, daß die Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung in fast allen westlichen Industrieländern nach unten korrigiert werden mußten. Mit dem damit für die deutsche Wirtschaft verbundenen zusätzlichen Ausfall an Auslandsnachfrage entwickelte sich auch die Binnennachfrage ungünstiger als angenommen, insbesondere fiel die Wirkung der von der Regierung beschlossenen expansiven Maßnahmen geringer aus als erwartet werden konnte²⁾.“

Die Behauptung der Bonner Opposition, die Koalitionspolitiker in Bonn und Düsseldorf hätten durch bewußt irreführende, optimistische Voraussagen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Wählermanipulation betrieben, ist nicht richtig. Vielmehr konnten sich die Koalitionspolitiker auf maßgebende Konjunkturbeobachter — auch die Bundesbank gehörte zu ihnen — berufen. Diese Fehleinschätzungen demonstrieren erneut, wie unsicher unser Wissen selbst über die nächste Zukunft und wie sehr der Irrtum unser ständiger Begleiter ist. Dies zumal bei freiem Welthandel und in einer Wirtschaftsordnung, in der der Staat das Verhalten der Unternehmen und der Verbraucher nicht bestimmen, sondern nur mittelbar mehr oder — meist — weniger beeinflussen kann. Als Schlußfolgerung aus diesem Lehrstück sollte man jedenfalls nicht zuviel von Prognosen oder von darauf aufbauenden gesamtwirtschaftlichen Planungen erwarten.

In der weltweiten Rezession ist die Hauptursache für die unerwartet starke Schrumpfung des Sozialprodukts zu sehen. Bundeswirtschaftsminister Dr. *Friedrichs* schätzte vor dem Bundestag, daß von den 5 vH Sozialproduktrückgang im 1. Halbjahr 1975 etwa 3,5 bis 4 vH auf den Ausfall an Auslandsnachfrage zurückzuführen sei, und von den restlichen 1 bis 1,5 vH, die der verminderten Binnennachfrage zuzurechnen wären, beruhe sicherlich auch noch ein Teil auf dem Sekundäreffekt wegen verminderter Auslandsnachfrage³⁾. Und in dem Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute zum Herbst 1975 heißt es:

1) „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1975“, Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom 23. 10. 1973.

2) Handelsblatt vom 23. 9. 1975, S. 3.

3) In der 185. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. 9. 1975, Bulletin der Bundesregierung vom 23. 9. 1975, S. 1137.

„Den Ausschlag für die Stärke des Abschwungs hatte der dramatische Rückgang der Auslandsnachfrage im Winterhalbjahr 1974/75 gegeben, der Produktion und Beschäftigung nicht; nur mittelbar, sondern über die Verhinderung der Investitionsneigung auch unmittelbar nach unten zog. Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte wurden dadurch ebenso beeinträchtigt wie die Einnahmen und damit auch der Ausgabenpielraum des Staates⁴⁾.“

Welthandel ging zurück

Die Bundesrepublik gehört bekanntlich zu den Ländern mit der größten Exportabhängigkeit. Unser Export macht rund 23 vH des Bruttosozialprodukts aus — in den USA beträgt z. B. der Exportanteil nur 7 vH —, fast jeder vierte Arbeitsplatz ist vom Export abhängig. Da konnte die Bundesrepublik natürlich nicht von der weltweiten Inflation und Rezession unberührt bleiben. Einige Zahlen machen deutlich, wie sehr der Welthandel seit 1973 in Unordnung geraten ist. Zwanzig Jahre lang stiegen bis dahin die *realen* Welthandelsumsätze um durchschnittlich 8 vH im Jahr. 1973 erhöhte sich die reale Zuwachsrate mit einem Sprung auf 13 vH. Zugleich stiegen die Weltmarktpreise, bis sie im 1. Halbjahr 1974 sogar um 50 vH über dem Vorjahrsstand lagen. Als Folge dieser Inflation, insbesondere unter dem Eindruck der Ölpreissteigerungen, setzte die Schrumpfung der Welthandelsumsätze ein; im 1. Vierteljahr 1974 war ihr Volumen noch um 6 vH höher als ein Jahr zuvor, im 4. Vierteljahr 1974 dagegen um 7 vH niedriger. Für dieses Jahr wird mit einem realen Rückgang des Welthandels gegenüber 1974 um 5 bis 8 vH gerechnet. Noch stärker gingen in diesem Jahr bisher die Ausfuhren der Industrieländer zurück, nämlich um real etwa 9 vH im 1. Halbjahr — nach durchschnittlichen Steigerungsraten von real 9,5 vH in den Jahren von 1960 bis 1972 und einer Zunahme um real 13,5 vH in 1973. An die Industrieländer liefert die Bundesrepublik etwa 75 vH ihrer Exporte⁵⁾.

Ausfuhrvolumen sank um 13 vH

Am stärksten sind die Ausfuhren in die USA sowie nach Japan, Italien und der Schweiz zurückgegangen. Andererseits weist der Export in die Ölländer und in die Ostblockstaaten beträchtliche Steigerungen auf. So haben die Ölländer im 1. Halbjahr 1975 wertmäßig fast doppelt soviel Waren aus der Bundesrepublik bezogen als ein Jahr zuvor, und der Wert der Ausfuhren in die Sowjetunion stieg um zwei Drittel. Freilich konnten dadurch die Nachfrageausfälle der westlichen Industrieländer bei weitem nicht ausgeglichen werden. Insgesamt ist die Ausfuhr in den ersten neun Monaten 1975 *real* um fast 13 vH zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Einfuhr *real* um 1 vH gestiegen⁶⁾.

4) DIW-Wochenbericht vom 23. 10. 1975, S. 350.

5) Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds und des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. 9. 1975, S. 8.

6) Tagesnachrichten des Bundesministers für Wirtschaft vom 24. 10. 1975.

In den letzten Monaten haben sich die Auslandsnachfrage und insbesondere auch die Warenausfuhr in die westlichen Industrieländer stabilisiert. Nach Ansicht der Wirtschaftsforschungsinstitute haben hierzu die in zahlreichen Ländern eingeleiteten Konjunkturförderungsprogramme beigetragen; außerdem scheint der Lagerabbau, der die Rezession verstärkt hatte, beendet zu sein.

Wenn auch die Weltrezession die Hauptursache des Schrumpfungsprozesses in der Bundesrepublik ist, so gibt es doch auch binnenwirtschaftliche Gründe für den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität. Der Konjunkturverlauf ist mit strukturellen Anpassungsvorgängen vermischt. Veränderte internationale Preis- und Kostenrelationen, stärkere Weltmarkteinflüsse durch Freigabe der Wechselkurse, ein verändertes Verbraucherverhalten, Marktsättigungen sind einige Stichworte für diese Erscheinungen; der Fahrzeugbau, die Bauwirtschaft, die Textil- und Bekleidungsindustrie waren in den letzten Jahren besonders betroffen.

Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage

Es konnte nicht Aufgabe der amtlichen Wirtschaftspolitik sein, die notwendigen strukturellen Anpassungsvorgänge aufzuhalten. Ihr kam es zunächst vor allem darauf an, einen zu starken Beschäftigungseinbruch in wirtschaftlich schwachen Regionen möglichst zu verhindern. Diesem Ziel dienten die Regionalprogramme des Bundes vom Februar und September 1974 in Höhe von insgesamt 1,85 Mrd. DM. Im Dezember 1974 legte die Bundesregierung dann ein Programm zur Stärkung der Binnennachfrage vor. Schwerpunkt dieses Programms war eine Investitionszulage von 7,5 vH der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für alle zwischen dem 30. November 1974 und dem 1. Juli 1975 bestellten Investitionsgüter. Außerdem waren 1,13 Mrd. DM an zusätzlichen Bundesausgaben für Investitionen in bestimmten Bereichen (vor allem Hoch- und Tiefbau, Energieversorgung und Fahrzeugbau) sowie 600 Mill. DM für die Beschaffung zusätzlicher Arbeitsplätze vorgesehen.

Auch die am 1. Januar 1975 in Kraft getretene Steuer- und Kindergeldreform sollte nach dem Willen der Bundesregierung ein Mittel zur Stärkung der Binnennachfrage sein, erhöhten doch die Steuerermäßigungen und Kindergelderhöhungen von insgesamt 14 bis 15 Mrd. DM (auf das ganze Jahr verteilt, immerhin pro Monat mindestens 1,2 Mrd. DM) zugleich die Kaufkraft der Verbraucher. Die Bundesbank schließlich unterstützte die Regierungspolitik zur Belebung der Binnennachfrage. Sie senkte den Diskontsatz in sieben Stufen seit dem 25. Oktober 1974 von 7 auf 3,5 vH (am 12. September 1975) und den Lombardsatz in acht Stufen von 9 bis auf 4,5 vH. Zu diesem Kurs geldpolitischer Lockerung gehörte auch, daß die Bundesbank durch Senkung der Mindestreserven, Erhöhung der Rediskontkontingente, Offenmarktkäufe und Wechselkäufe den Liquiditätsspielraum der Banken erheblich ausweitete. Die freien Liquiditätsreserven des Bankensystems stiegen von 2 Mrd. DM im Sommer 1974 bis auf 13 Mrd. DM

im August 1975 an. Die Zinsreaktion hierauf — und auf die veränderte Konjunkturlage — blieb nicht aus: Tagesgeld kostete im Monatsdurchschnitt im August nur noch knapp 2 vH, im September allerdings wieder $4\frac{1}{3}$ vH, jedoch gegenüber 9,4 vH im Juli 1974 und 15,8 vH im Juli 1973.

Staatliche Programme verhinderten weiteres Abgleiten

Anders als 1967/68 ging diesmal von all diesen Maßnahmen zur „Erzielung eines stabilitätsgerechten Aufschwungs“ — so die offizielle Bezeichnung des Programms vom Dezember 1974 — keine Initialzündung aus. Damals brachte indessen der Export die Konjunktur zusätzlich zu den staatlichen Programmen auf hohe Touren. Diesmal hat der Rückwärtsgang des Exports die staatlichen Maßnahmen zur Konjunkturförderung überspielt. Sie verhinderten allerdings ein weiteres Abgleiten.

So haben die Unternehmen die Investitionszulage kurz vor Ablauf der Begünstigungsfrist (30. Juni) doch in stärkerem Ausmaß in Anspruch genommen, als es zunächst den Anschein hatte. Faßt man die inländischen Auftragseingänge der Monate Juni, Juli und August 1975 in der Investitionsgüterindustrie zusammen und vergleicht sie mit den Bestellungen in dem Drei-Monats-Zeitraum März, April, Mai, dann ergibt sich ein Anstieg von 27 vH. Der Maschinenbau konnte sogar eine Zunahme der Inlandsbestellungen um 51,5 vH verbuchen. Nach einer Untersuchung des Ifo-Instituts vom August 1975 hätte die verarbeitende Industrie im 1. Halbjahr 1975 ohne die Investitionszulage wertmäßig um fast 5 Mrd. DM oder rund 25 vH weniger Aufträge vergeben. Allerdings haben mehr als zwei Drittel der Industriefirmen wegen der Investitionszulage Aufträge in das 1. Halbjahr vorgezogen. Noch ist nicht abzusehen, inwieweit dadurch im 2. Halbjahr ein „Auftragsloch“ entstehen wird; in den Monaten Juli, August und September, für die bisher Angaben über die Auftragseingänge vorliegen, war es noch nicht festzustellen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute vermuten, daß viele Firmen auf die Auslieferung der bestellten Investitionsgüter noch bis zum Jahresende drängen werden, um dadurch schon 1976 in den Genuß der Investitionszulage zu kommen. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften deshalb in den letzten Monaten deutlich steigen. Alles in allem wird man der Investitionszulage eine konsolidierende Wirkung auf die Binnennachfrage und die Produktion der Investitionsgüterindustrie nicht absprechen können.

Dennoch rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Herbstprognose damit, daß die Ausrüstungsinvestitionen auch im 2. Halbjahr 1975 *real* noch um 4 vH unter dem Ergebnis des 2. Halbjahrs 1974 liegen werden, nachdem die Schrumpfungsrates in der ersten Hälfte dieses Jahres 5,8 vH und im ganzen Jahr 1974 sogar 7,9 vH betrug. Erst für das 1. Halbjahr 1976 erwarten sie wieder eine reale Zuwachsrates (von 4 vH). Da die Produktionskapazität zur Zeit nur zu etwa drei Vierteln ausgenutzt ist, sind Kapazitätserweiterungen nur bei einem

kleinen Teil der Unternehmen das Ziel von Investitionen; Rationalisierung und Ersatzbeschaffung sind gegenwärtig die vorwiegenden Investitionsmotive.

Mit der verstärkten Inanspruchnahme der Investitionszuläge im Mai/Juni hängt sicherlich die Zunahme der genehmigten Wirtschaftsbauvorhaben — in cbm umbauten Raum gemessen — im Juli und August um 4,5 vH gegenüber der Vorjahrszeit zusammen. Erheblich war dagegen der Rückgang der Baugenehmigungen im Wohnungsbau (um 18,5 vH), auf den immer noch zwei Fünftel der Bauproduktion entfallen. Der Wohnungsbau steht im Mittelpunkt der Strukturkrise in der Bauwirtschaft, die eine Anpassung der Bauproduktion von einer inflationär aufgeblähten Boomnachfrage in den Jahren 1972/73 an einen „normalen“ Bedarf erfordert; der Rückgang der fertiggestellten Wohnungen von 700 000 auf voraussichtlich 400 000 in diesem Jahr zeigt das Ausmaß an. Damit werden freilich die Grenzen der strukturellen Bereinigung überschritten. „Nach wie vor ist die Gefahr erheblich, daß der strukturell notwendige Anpassungsprozeß überzogen wird, indem mittelfristig notwendige Kapazitäten abgebaut werden⁷⁾.“

Um dies zu verhindern, hat die Bundesregierung Ende August ein „Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen“ beschlossen, das im Oktober vom Parlament verabschiedet worden ist. Dieses Programm sieht hauptsächlich für Bauvorhaben zusätzliche öffentliche Investitionen und Finanzierungshilfen im Gesamtbetrag von 5,75 Mrd. DM vor. Das Gesamtvolumen der Aufträge, die durch dieses Programm ausgelöst werden, wird auf etwa 10 Mrd. DM veranschlagt.

Allerdings ist zu befürchten, daß die *zusätzliche* Nachfrage nicht so hoch sein wird, weil Länder und Gemeinden einen Teil ihrer ohnehin geplanten Investitionen aus diesem Programm finanzieren werden. Die niedrigen Steuereinnahmen veranlassen sie zur Einschränkung der Bauinvestitionen und zur Zurückhaltung bei der Auftragsvergabe. Im Juli/August waren die Genehmigungen für den öffentlichen Bau um 9 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Dieses Verhalten widerspricht an sich der Verantwortung, die nicht nur der Bund, sondern auch Länder und Gemeinden (auf die allein etwa zwei Drittel der öffentlichen Investitionen entfallen) für die Vollbeschäftigung ihrer Bürger haben. Andererseits ist es, jedenfalls, was die Gemeinden anbelangt, angesichts ihrer hohen Verschuldung nicht unverständlich.

Belebung des privaten Verbrauchs blieb aus

Die Bundesregierung hatte erwartet, daß der durch die Steuer- und Kindergeldreform entstandene zusätzliche Einkommensstrom weitgehend in die Kassen des Handels fließen wird. Statt dessen floß er auf die Sparkonten der Einkom-

7) Monatsbericht Oktober des Bundesministeriums für Wirtschaft, Bulletin der Bundesregierung vom 30. 10. 1975. S. 1254.

mensbezieher. Im bisherigen Verlauf des Jahres wurde gespart wie nie zuvor. Die privaten Haushalte sparten im 1. Halbjahr 1975 fast ein Drittel ihres Einkommenszuwachses. Bezogen auf ihr Gesamteinkommen erreichte die Sparquote den Rekordstand von fast 17 vH, und auch für das 2. Halbjahr wird noch mit einem Sparanteil von 16,5 vH gerechnet. Dabei spielt die Vorsorge infolge der unsicheren Wirtschaftslage die entscheidende Rolle.

Was den privaten Verbrauch anbelangt, kommt hinzu, daß die Verbraucher überhaupt zur Zeit mit ihrem Geld sparsamer, zurückhaltender und abwartender umgehen. Diese Zurückhaltung hat dazu geführt, daß der private Verbrauch im 1. Halbjahr 1975 *real* nur um knapp 2 vH höher war als ein Jahr zuvor. Nominal, in jeweiligen Preisen, stieg der private Verbrauch um 8,2 vH, während die verfügbaren Nettoeinkommen um 12,2 vH zunahmen. Dabei war eine unterdurchschnittliche Steigerung der Einzelhandelsumsätze bei einer gleichzeitig überproportionalen Erhöhung der Ausgaben für Urlaubsreisen zu verzeichnen. Für das 2. Halbjahr 1975 rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute mit einer allmählichen Angleichung der Zuwachsraten von verfügbaren Nettoeinkommen (+8,5vH) und privatem Verbrauch (+7,5 vH). Wenn der private Verbrauch auch nicht, wie erwartet, zum Schrittmacher für den Aufschwung wurde, so war er bisher doch die Hauptstütze der Konjunktur.

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme — die Hauptfinanzierungsquelle des privaten Verbrauchs — war im 1. Halbjahr um 4 vH größer als ein Jahr zuvor. Da gleichzeitig die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um gut 3,5 vH abnahm, stieg der Bruttolohn je beschäftigten Arbeitnehmer um etwa 7,5 vH an. Der Nettolohn war um durchschnittlich 8 vH höher als vor Jahresfrist. Damit stieg die reale Kaufkraft des Lohnes um etwa 1,8 vH an. Hinzurechnen kann man die gegenüber 1974 erhöhten Kindergelder. Stärker noch stieg die Kaufkraft der Sozialrentner, deren Renten um 11 vH angehoben wurden.

Starke Produktionsdrosselung

Infolge des starken Nachfrageeinbruchs haben die Industriefirmen ihre Produktion im bisherigen Jahresverlauf stark gedrosselt. Im August/September lag die Industrieproduktion um 7 vH unter dem Vorjahrsstand. Das Bundeswirtschaftsministerium vermutet, daß im Spätsommer der Tiefpunkt der Produktionstätigkeit erreicht wurde. Die Auslastung der Produktionskapazitäten verbesserte sich etwas und betrug zuletzt (im August) rund 76 vH gegenüber 86 vH im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974. Besonders stark mußte in den letzten Monaten der Grundstoffbereich (Eisen- und Stahlindustrie) seine Produktion einschränken, während der Straßenfahrzeugbau und einige Zweige der Verbrauchsgüterindustrie ihre Erzeugung wieder erhöhen konnten.

Die Zahl der Beschäftigten ging im Laufe dieses Jahres beträchtlich zurück. Im 3. Vierteljahr war sie schätzungsweise um 2 vH geringer als im 1. Quartal.

Besonders stark war der Personalabbau in der Industrie und im Baugewerbe. Verglichen mit 1974 wird die Beschäftigtenzahl in diesem Jahr um etwa 3,5 vH niedriger sein. Im Sommer 1975 wurden 935 000 Arbeitnehmer weniger beschäftigt als vor Jahresfrist. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen um 560 000. Die Differenz ergibt sich vor allem daraus, daß viele Ausländer in ihre Heimat zurückkehrten. Seit dem Frühjahr liegt die Zahl der Arbeitslosen etwas über eine Million (Ende Oktober 1,061 Mill.), nachdem sie im Wintermonat Februar 1,18 Mill. betragen hatte. Die Zahl der Kurzarbeiter schwankte im Jahresverlauf beträchtlich; Ende September betrug sie 638 571.

Ein Blick über die Grenzen zeigt, daß die Arbeitslosigkeit bei uns nicht größer ist als in vergleichbaren Ländern. Die Arbeitslosenquote betrug im August 1975 bei uns 4,5 vH, in Frankreich und den Niederlanden 4,7 vH, in Großbritannien 5,4 vH, in Italien 5,6 vH (Juni), in Belgien 6,6 vH, in Dänemark 8 vH (Juli) und in den USA 8,2 vH. Schweden (1,6 vH), Österreich (1,3 vH) und Norwegen (1,1 vH) hatten allerdings erheblich niedrigere Quoten. Was indessen die Steigerung der Verbraucherpreise anbelangt, so kann die Bundesrepublik die bei weitem niedrigste Teuerungsrate aufweisen. Im 1. Halbjahr 1975 lagen die Verbraucherpreise um 6,1 vH (ebenso im September) höher als ein Jahr zuvor. In der internationalen Vergleichsliste folgen die Schweiz (8,2 vH), Österreich (8,9 vH), Schweden (9,3 vH), die Niederlande (10,1 vH) und die USA (10,4 vH). Frankreich hatte eine Teuerungsrate von 13 vH, Belgien von 14,4 vH, Japan von 14,5 vH, Italien von 21 vH und Großbritannien schließlich von 22,3 vH.

Welche Lohnerhöhung ist angemessen?

In diesen Wochen beginnt in der Bundesrepublik eine neue Lohnrunde; die Lohn- und Gehaltstarifverträge für den überwiegenden Teil der Beschäftigten enden im letzten Vierteljahr 1975 oder im 1. Vierteljahr 1976. Bei der gegenwärtigen Beschäftigungslage wird es sehr schwer sein, befriedigende Tarifabschlüsse zu erreichen. Die Arbeitgeber wollen den Arbeitnehmern nicht einmal einen Ausgleich für die zu erwartenden Kaufkraftverluste (= Steigerung der Verbraucherpreise) zugestehen. So behauptete Arbeitgeberpräsident *Schleyer*, ein voller Ausgleich der Inflationsrate widerspreche den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Diese Position vertritt auch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, in einem Minderheitsvotum zum Gemeinschaftsgutachten⁸⁾. Es hält „Lohnerhöhungen im Ausmaß der erwarteten Preissteigerungen für zu hoch, um die Gewinnerwartungen und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und damit den Aufschwung zu sichern und darüber hinaus der Stabilisierung des Preisniveaus einen deutlichen Schritt näherzukommen“. In seinen Veröffentlichungen hielt das Institut sogar eine „Lohnsteigerungs-

8) DIW-Wochenbericht vom 23. 10. 1975, S. 356.

pause" für gerechtfertigt, wobei der Staat vorangehen und eine Signalfunktion ausüben solle. Die Lohnpause dürfe allerdings nicht nachträglich durch höhere Lohnsteigerungen wieder ausgeglichen werden.

Diese Auffassung ist aus volkswirtschaftlicher Sicht völlig unverständlich. Denn eine Lohnpause hätte wegen der — vielleicht nicht von den Konjunkturforschern erwarteten, in Wirklichkeit aber eintretenden — Preissteigerungen einen derart hohen Verlust an kaufkräftiger Nachfrage zur Folge, daß weitere Beschäftigungseinbrüche befürchtet werden müssen. In der rauen Wirklichkeit sind im Verlauf dieses Jahres jedenfalls die *realen* Einzelhandelsumsätze — auf die etwa die Hälfte der privaten Verbrauchsausgaben entfallen — kaum gewachsen, obwohl die Masseneinkommen sogar real über dem Vorjahrsstand lagen. Man braucht eigentlich nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie die Geschäftsentwicklung des Einzelhandels bei einer Lohnpause verlaufen würde. Die vier anderen an dem gemeinschaftlichen Herbstgutachten beteiligten Institute vertreten denn auch die Meinung: „Ein Absthuß, bei dem die Nominallöhne etwa so stark angehoben werden, wie die Preissteigerung auf der Verbraucherstufe für das nächste Jahr einzuschätzen ist, kann aus heutiger Sicht als vertretbar angesehen werden . . .“, und einige Zeilen danach heißt es, solche Abschlüsse stützen „die reale Kaufkraft der privaten Haushalte, wie es erforderlich ist, um die Absatzerwartungen der Unternehmen nicht negativ zu beeinflussen“⁹⁾.

Es ist nicht schwer vorauszusagen, daß die Gewerkschaften bei der gegenwärtigen Beschäftigungslage für die von ihnen vertretenen Arbeitnehmer im ganzen nicht allzuviel mehr als eine Sicherung der Arbeitseinkommen vor den zu erwartenden Kaufkraftverlusten erreichen werden. Dies sind indessen die Mindestvoraussetzungen dafür, daß es zu einer Wiederbelebung der Volkswirtschaft im nächsten Jahr kommt. Erst unter dieser Voraussetzung haben die Unternehmer überhaupt eine Chance, ihre Gewinne — infolge zunehmender Kapazitätsauslastung — überproportional zu erhöhen, nachdem diese vorher schwächer gestiegen waren als die Arbeitseinkommen. So wie die Löhne und Gehälter bei rückläufiger Konjunktur stärker wachsen als die Gewinne, so steigen diese im Aufschwung mehr. Für die Gewerkschaften — aber aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen auch für die amtliche Wirtschaftspolitik — wird es im Laufe des nächsten und des übernächsten Jahres von großer Bedeutung sein, daß die Gewinne nicht den Löhnen davoneilen; die Erfahrungen der Jahre 1968/69 sind gewiß eine Lehre.

Unterstellt man, wie die Mehrheit der Wirtschaftsforschungsinstitute, daß die Löhne und Gehälter 1976 nur im Ausmaß der gleichzeitigen Preissteigerungen erhöht werden, dann nimmt die Bruttolohn- und -gehaltssumme — bei im ganzen unveränderten Arbeitslosenzahlen — nur um 6 vH zu, während die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 13,5 vH wachsen

9) DIW-Wochenbericht vom 23. 10. 1975, S. 355/356.

werden; die Zuwachsrates der reinen Unternehmergewinne liegt noch darüber. Dabei gehen die Institute davon aus, daß die Unternehmen ihre Gewinne nur durch bessere Kapazitätsauslastung — also sinkende Stückkosten — und nicht durch Preiserhöhungen verbessern. Wer garantiert aber dafür, daß diese Annahme richtig ist? In ihrem Gemeinschaftsgutachten müssen die Institute jedenfalls bei der Beobachtung des jüngsten Konjunkturaufschwungs in den USA feststellen: „Offenbar geben sich viele Unternehmen nicht allein mit der Aussicht zufrieden, daß sich ihre Gewinnsituation durch eine Milderung des Kostendrucks verbessert¹⁰⁾.“ Vielmehr erhöhen sie auch ihre Preise. Die deutschen Gewerkschaften werden sicherlich ein Vorpreschen der Gewinne nur für das nächste Jahr akzeptieren können, und sie werden sich zu überlegen haben, wie — eventuell durch kürzere Laufzeiten der Tarifverträge oder durch Auflösungsklauseln — eine gleichmäßige Entwicklung von Löhnen und Gewinnen erreicht werden kann.

Wachsende Investitionen durch Lohnzurückhaltung?

Die Forderung, bei den kommenden Lohnrunden zurückhaltend zu sein, wird vor allem damit begründet, daß die Bereitschaft der Unternehmer zur Investition nur dann steigen wird, wenn ihre Gewinne wieder überproportional wachsen. Nun läßt sich nicht bestreiten, daß eine verbesserte Gewinnsituation die Anreize zu Investitionen erhöht. Entscheidendes Motiv insbesondere für Erweiterungsinvestitionen — und nur diese schaffen neue Arbeitsplätze — sind indessen die Absatzerwartungen. Nur dann, wenn sich die Unternehmer auf längere Sicht Umsatzzuwächse versprechen, die an die Grenzen ihrer Kapazität stoßen, werden sie Erweiterungsinvestitionen vornehmen. Wegen des derzeit hohen Ausmaßes unausgenutzter Kapazität werden sie auch in nächster Zeit mit solchen Investitionen zurückhaltend sein, selbst wenn sich ihre Gewinnsituation verbessert. Für diese Annahme sprechen auch die Ergebnisse des jüngsten Konjunkturtests des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung¹¹⁾. Nach den bisherigen Planungen werden die Unternehmen der verarbeitenden Industrie auch im nächsten Jahr real noch um etwa 6 vH weniger investieren als 1975 — wo sie 5 vH unter dem Stand von 1974 lagen. Von den repräsentativ befragten 4 500 Unternehmen wurde Kapazitätserweiterung nur vereinzelt als Hauptmotiv der Investition angegeben. Eine verbesserte Gewinnsituation reicht jedenfalls zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht aus; dazu bedarf es ebenso angemessener Lohnerhöhungen, die ausreichende zusätzliche Nachfrage schaffen.

Die Ergebnisse der Ifo-Umfrage zeigen deutlich, daß Steuererleichterungen für die Unternehmen, wie sie von den Unternehmerverbänden und von FDP-Politikern gefordert werden, zur Zeit nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze

10) DIW-Wochenbericht vom 23. 10. 1975, S. 346.

11) Handelsblatt vom 27. 10. 1975, S. 1.

führen. Sie wären nichts anderes als Steuergeschenke für die Unternehmer, während gleichzeitig auf die Arbeitnehmer neue steuerliche und Sozialbeitragsbelastungen zukommen.

Mit Unsicherheiten leben!

Mitunter werden derartige Steuererleichterungen für Unternehmer als „vertrauensstärkende“ Maßnahmen bezeichnet, die angeblich notwendig sind, um Unsicherheiten bei den Unternehmern zu beseitigen. Solche Unsicherheiten seien auch durch die Reformpolitik und durch Diskussionen über gesellschaftspolitische Reformen entstanden, woraus dann die Schlußfolgerung gezogen wird, man solle auf weitere Reformen möglichst verzichten, insbesondere natürlich auf eine paritätische Mitbestimmung und auf eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionskapital. In Wirklichkeit geht es indessen darum, daß die Unternehmer nicht auf ihre gesellschaftliche Vorrangstellung, die sie in der Wiederaufbauzeit — unter CDU/CSU-geführten Regierungen — erreicht haben, verzichten wollen. Auf die Dauer werden sie aber lernen müssen, ihre Macht mit den Arbeitnehmern (und deren Repräsentanten) zu teilen, wenn sie ständige und größere soziale Konflikte mit weitaus mehr Unsicherheiten vermeiden wollen.

Die Welt von heute ist eben nicht mehr die „heile“ Welt der fünfziger und der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Heute ist die Vorrangstellung der Unternehmer ebensowenig selbstverständlich wie ein unkontrolliertes Wirtschaftswachstum. Das Bewußtsein von der Umweltgefährdung und der Ausschöpfung der Rohstoffquellen durch ein übersteigertes Wachstum, von den Grenzen des Wachstums ist weit verbreitet. Die zugenommene internationale Verflechtung, die neue Stellung der Rohstoffländer, die Vermachtung der Märkte durch multinationale Konzerne, international wirkende Preisdiktate, die Freigabe der Wechselkurse, eine veränderte Haltung der Verbraucher, weltweite Strukturwandlungen in Absatz und Produktion — dies alles und manches andere mehr erzeugt zweifellos Unsicherheit. Nicht nur bei den Unternehmern, sondern auch bei den Arbeitnehmern, was nicht zuletzt in der hohen Sparquote zum Ausdruck kommt. Es weht ein schärferer Wind in der Wirtschaft; und der macht es sich zu einfach, der das Unbehagen auf jene schiebt, die nach Antworten auf neue Fragen suchen und dabei sicherlich jedenfalls zunächst nicht immer zu richtigen Antworten gelangen. Dies ist ein einfaches Rezept für alle, die alles so lassen wollen, wie es war — und leider bestätigt die CDU/CSU diese Leute durch ihre jedes Augenmaß vermessen lassende Kritik an der sozialliberalen Koalition. Damit wird jedoch die Bewältigung der Zukunftsaufgaben erschwert, wenn nicht gar verhindert. Unternehmer, die — im Sinne *Schumpeters* — diesen Namen wirklich verdienen, sollten sich eigentlich an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten unserer Zeit orientieren und, davon ausgehend, nach neuen Wegen suchen. Statt über Unsicherheit zu klagen, sollten sie das Risiko nicht scheuen.

Riesige Haushaltsdefizite durch die Rezession

Steuergeschenke an die Unternehmer sind übrigens auch finanzpolitisch nicht zu verantworten. Denn die Ausfälle an Nachfrage, Beschäftigung und Einkommen haben riesige Löcher in die Kassen hauptsächlich des Bundes, aber auch der Länder und Gemeinden gerissen. Alle zusammen werden in diesem Jahr ein Defizit von etwa 70 Mrd. DM aufweisen; beim Bund wird die Deckungslücke allein fast 40 Mrd. DM betragen. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium hat in einem Gutachten ¹²⁾ festgestellt, daß mehr als die Hälfte des Defizits durch die Rezession verursacht worden ist. Dabei handelt es sich einerseits um rezessionsbedingte Ausfälle an Steuereinnahmen ¹³⁾ und andererseits um Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit zur Zahlung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sowie um die Ausgaben für die Konjunkturprogramme. Nur rund 30 Mrd. DM sind von dem Gesamtdefizit nach Ansicht der Professoren strukturbedingt, also nicht auf die Rezession zurückzuführen. Eine Finanzlücke in dieser Höhe — von der übrigens die Hälfte (15 Mrd. DM) Folge der Steuer- und Kindergeldreform ist — wäre für sich allein unproblematisch. Ein öffentlicher Kreditbedarf von 30 Mrd. DM ließe sich bei einem Sparaufkommen von 115 Mrd. DM (1975) ohne Schwierigkeiten für die kreditnachfragenden Unternehmen auf den Kreditmärkten decken. Die Behauptung von *Strauß* und anderen Unionspolitikern, daß die Reformpolitik zur finanziellen Katastrophe geführt habe, erweist sich bei näherem Hinsehen als parteipolitische Angstpropaganda.

Eine Kreditnachfrage durch die öffentlichen Haushalte in Höhe von 70 Mrd. DM ist in diesem Jahr der Rezession konjunkturpolitisch sogar dringend erforderlich, da die Unternehmen als Kreditnachfrager weitgehend ausfallen. Würde der Staat in der gegenwärtigen Situation sich nicht so stark verschulden, sondern statt dessen sparen wollen, wären die Beschäftigungseinbrüche noch erheblich größer; eine gefährliche Spirale nach unten würde in Gang gesetzt. Sobald sich jedoch die Wirtschaft wieder gut im Aufschwung befindet — vielleicht in der zweiten Jahreshälfte 1976, sicherlich aber 1977 —, sind allerdings öffentliche Defizite von 70 bis 80 Mrd. DM zu hoch. Zusammen mit einem dann stark wachsenden Kreditbedarf der Unternehmen würde eine öffentliche Kreditnachfrage inflationär wirken.

Um dies zu verhindern, hat die Bundesregierung neben den Maßnahmen zur Stärkung der Bauwirtschaft ein Sparprogramm zur Verbesserung der Haushalte von Bund und Ländern vorgelegt. Dieses Programm sieht Kürzungen und

12) Zur Lage und Entwicklung der Staatsfinanzen in der Bundesrepublik Deutschland, Bulletin der Bundesregierung vom 16. 8. 1975.

13) Wie hoch die rezessionsbedingten Ausfälle an Steuereinnahmen sind, zeigt ein Vergleich der Ergebnisse der Steuervorausschätzungen für 1975. Im Juni 1974 wurden — bei Annahme eines realen Sozialproduktzuwachses von rund 4 vF_i — die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahre 1975 auf 270,8 Mrd. DM geschätzt; im August kam man zu einem um über 32 Mrd. DM niedrigeren Ergebnis, nämlich zu Gesamteinnahmen von 238,3 Mrd. DM.

Einsparungen bei den Bundes- und Länderausgaben, die Heraufsetzung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 2 auf 3 vH ab 1. Januar 1976 sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 13 vH (bzw. des ermäßigten Satzes von 5,5 auf 6,5 vH) und der Steuersätze für Tabak und Branntwein ab 1. Januar 1977 vor. *)

*) Ein Beitrag zur Arbeitsmarktsituation und zur Beschäftigungspolitik folgt in Heft 1/1976. D. Red.